

Kurt Klotzbach

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Zu einigen neueren Überblicken und Zusammenfassungen

Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion »Geschichte der Arbeiterbewegung« des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972 (= Fischer Athenäum Taschenbücher Sozialwissenschaften / Geschichte 4045), Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 149 S., kart., 9,80 DM.

Kleine Geschichte der SPD, Bd. 1: Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bd. 2: Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg (= Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974, 2. Aufl. 1975, 229 und 170 S., brosch., je 8 DM.

Arbeiterbewegung und SPD, Bd. 1: Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 – 1933, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1974, 276 S., kart., 28 DM.

Jutta von Freyberg / Georg Fülberth / Jürgen Harrer / Bärbel Hebel-Kunze / Heinz-Gerd Hofschien / Erich Ott / Gerhard Stuby, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth (= Kleine Bibliothek, Bd. 58), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 457 S., kart., 9,80 DM.

Georg Fülberth / Jürgen Harrer, Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (= Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 22), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 40 S., kart., 4 DM.

Nachdem insbesondere seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und im angelsächsischen Bereich, vorher schon in der DDR, eine Fülle von Detailstudien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, speziell auch zur sozialdemokratischen Parteigeschichte, erarbeitet und zum großen Teil publiziert wurde, ist in jüngster Zeit das Bedürfnis gewachsen, Einzelerkenntnisse zu summieren, teilweise die methodischen Ansätze zu überprüfen und zu erweitern und zu umfassenderen Überblicksdarstellungen zu gelangen. Dabei lassen sich drei Initiativschwerpunkte feststellen: 1. die im Umfeld der SPD angesiedelte und nicht zuletzt einem spezifischen politischen Bildungsanliegen verpflichtete Geschichtsschreibung; 2. die auf dem industriegesellschaftlichen Theorieansatz beruhende akademische Historiographie¹); 3. eine marxistische Historiker- und Politologengruppe,

1 *Fülberth/Harrer* verstehen diese ersten beiden Gruppen als »sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung«. Vgl. Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, S. 7 ff. Unter anderem wird eine »mechanische Betrachtungsweise des Verhältnisses zwischen den Arbeiterorganisationen und ihren gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, die aus der Isolierung der letzteren herrührt«, moniert. Sicherlich könne sich »die Arbeiterbewegung nicht voluntaristisch über die jeweilige konkrete historische Situation hinwegsetzen, aber ihre Praxis kann auch nicht bloß passiver Reflex derselben sein, sofern sie gesellschaftsverändernde Ziele verfolgt«. (*Ebda.*, S. 10).

die die Abendroth-Tradition reproduziert und weiterzuführen sucht. Den anspruchsvollsten Versuch einer resümierenden Standortbestimmung und zugleich einer forschungspolitischen Wegweisung hat zuletzt die Sektion »Geschichte der Arbeiterbewegung« des Regensburger Historikertages von 1972 unternommen. Die dort gehaltenen Referate und der Diskussionsbericht, die *Hans Mommsen* unter dem Titel »Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei« veröffentlichte, sollen die Absicht verdeutlichen und bekräftigen, aus der Beschränkung auf traditionelle Organisations- und Ideologiegeschichte herauszutreten und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in komplexe sozialhistorische und allgemeinpolitische Zusammenhänge einzuordnen. Es wird intendiert, mittels einer Längsschnittanalyse durchgängige charakteristische Züge sozialdemokratischer Mentalität und Politik aufzuzeigen. Die leitende Fragestellung zielt, wie Mommsen in der Einleitung schreibt, einmal »auf die spezifische soziale und politische Funktion, die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur für die soziale Emanzipation und politische Mobilisierung der arbeitenden Schichten gehabt hat«, andererseits auf die »gesellschaftlichen und politischen Faktoren«, »die bewirkt haben, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland im Unterschied zu den romanischen und angelsächsischen Ländern zu einer zumindest nach außen bemerkenswerten ideologischen und organisatorischen Geschlossenheit gelangt ist, die es rechtfertigt, im internationalen Vergleich von einem sozialdemokratischen Typus der Arbeiterbewegung zu sprechen, der von Deutschland aus die nord-, ost- und südostmitteleuropäischen Länder nachhaltig beeinflusst hat, in Westeuropa sich jedoch nur begrenzt durchsetzen konnte«².

Die Lektüre der sechs Einzelbeiträge ergibt nun allerdings, daß sozialhistorische Sichtweise und Typisierungsanspruch nicht durchweg den vom Herausgeber beanspruchten Rang eines »roten Fadens« haben. Dem gesetzten Ziel am nächsten kommen die Studien von *Wolfgang Schieder* über den Beginn einer selbständigen sozialistischen Parteibildung³ und von *Dieter Groh* über den negativen Integrationsprozeß und das Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus⁴, wozu inzwischen die weit ausgreifende monographische Darstellung vorliegt⁵. Schieder stellt in vergleichender sozialgeschichtlicher Betrachtung das Aufkommen selbständiger politischer Arbeiterparteien in einen dreifachen Bedingungs Zusammenhang, der von der Forschung bisher kaum für eine Typologie der europäischen Arbeiterbewegung aufgegriffen wurde. Von Bedeutung seien 1. der Zeitpunkt, in dem sich infolge der zunehmenden Industrialisierung der Produktion die gewerblichen Arbeitsverhältnisse sichtbar änderten und dies bei den Betroffenen solidarische Abwehrreaktionen auslöste; 2. die Frage, ob diese Solidarisierung im Rahmen eines geschlossenen Nationalstaates erfolge oder ob erst noch die nationale Integration der sozialen vorausgehen bzw. mit dieser verbunden werden müsse; 3. die Eignung des politischen Verfassungssystems für die Umstellung von ständischer auf demokratisch-repräsentative Teilhabe an der politischen Willensbildung. Schieder beleuchtet anschließend kurz die unterschiedlichen Parteiformierungen und Parteicharaktere in England, Rußland und Deutschland. In Deutschland ergab sich die einmalige Situation, daß die industrielle Revolution in ihre kritische Phase trat, als weder die nationale Konsolidierung noch die politische Demokratisierung durchgesetzt waren. Daraus resultierten frühzeitige soziale Konflikte zwischen entstehender Arbeiterbewegung und Bürgertum sowie eine politische Isolierung schon im Zuge der Reichsgründung, aus der sich die Arbeiterbewegung bis zum Ende des Kaiserreiches nicht zu lösen vermochte.

2 Einleitung zu: *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, S. 12.

3 Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, *ebda.*, S. 17 – 34.

4 Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches, *ebda.*, S. 62 – 83.

5 *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Berlin/Wien 1973.

Davon abgesehen, ist sozialhistorisches Vorgehen ansatzweise erkennbar bei *Hans-Josef Steinberg*⁶, der den Zusammenhang zwischen Theoriediskussion und allgemeiner sozio-ökonomischer Entwicklung herausarbeitet, und bei *Hans Mommsen*⁷, der den Verlust des ursprünglichen »Bewegungs«-Charakters reflektiert, während *Georg Eckert*⁸ und *Susanne Miller*⁹ zwar höchst subtile, aber eben doch ganz überwiegend politikgeschichtlich zugreifende Analysen bieten. Mommsen kommt außerdem das Verdienst zu, auf eine Reihe von Desiderata aufmerksam gemacht zu haben, z. B. auf das Fehlen von kritischen Darstellungen zur Haltung der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber dem aufkommenden Faschismus bzw. zur Beurteilung des Nationalsozialismus durch die verschiedenen Gruppen der SPD und zur Anziehungskraft der Partei auf mittelständische und agrarische Wählergruppen. Bedauerlich ist gerade im Hinblick auf das im Vorwort auch aktualpolitisch motivierte Erkenntnisinteresse, daß der Band keine Beiträge über die innerparteiliche Diskussion und Neuverständigung unter den Bedingungen von Widerstand und Emigration nach 1933 und über die im Volksparteiprogramm von 1959 kulminierende Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg enthält.

Eindeutig dem ersten der anfangs genannten Schwerpunkte ist *Heinrich Potthoffs* und *Susanne Millers* »Kleine Geschichte der SPD« zuzurechnen. Heinz Kühn, zur Zeit des Erscheinens der Bände stellvertretender SPD-Vorsitzender, macht in seinem Geleitwort deutlich, daß dieser Versuch der sozialdemokratischen Bildungsarbeit und den neuen Parteimitgliedern als erste Orientierungshilfe dienen soll, womit implizit auch gesagt ist, daß es hier nicht darum geht, eine umfassende wissenschaftlich-kritische Gesamtdarstellung der Parteigeschichte vorzulegen¹⁰. Jeder der beiden Bände gliedert sich in Darstellung und dokumentarisch-statistischen Teil mit Zeittafel, Diagrammen, programmatischen Dokumenten sowie einer Liste ausgewählter Literatur. In Susanne Millers Band hat der zweite Teil ein klares quantitatives Übergewicht über die Darstellung, welche vorher bereits als Aufsatz im Sammelband »Die zweite Republik« erschien¹¹. Potthoff geht in neun untereinander gut ausgewogenen Kapiteln der als sozialdemokratische Leitlinie begriffenen »Synthese zwischen Sozialismus und Demokratie«¹² im Zeitraum von 1848/49 bis 1945, von den ersten Organisationsansätzen bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, nach. Soweit es der vorgegebene Rahmen zuläßt, widmet er sich nicht nur Theorie- und Organisationsfragen, sondern bezieht die allgemeine politische, ökonomische und soziale Entwicklung ein. Der Leser gewinnt einen Eindruck sowohl von den ideellen Kräften und Auseinandersetzungen, von der politischen Praxis an der Organisationsspitze als auch von der Lage und dem Erwartungshorizont des einfachen Parteimitgliedes. In Susanne Millers nachkriegsgeschichtlichem Abriss, der bis 1973 reicht, fehlt hingegen die Einbettung in allgemeine wirtschaftlich-soziale Zusammenhänge. Vor allem dieser Umstand trägt zu einer gewissen Disparatheit des Gesamtunternehmens bei. Auf der anderen Seite zeichnet gerade

6 Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich, a. a. O., S. 52 – 61.

7 Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, ebda., S. 106 – 133.

8 Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, ebda., S. 35 – 51.

9 Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, ebda., S. 84 – 105.

10 *Wolfgang Abendroths* Urteil: »Die von Susanne Miller und Heinrich Potthoff verfaßte »Kleine Geschichte der SPD« kann diesen Anspruch [...] in keiner Weise erfüllen«, in: Vorwort zu *Jutta von Freyberg u. a.*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975, S. 9, stößt ins Leere, weil die Autoren diesen Anspruch nicht erheben.

11 *Richard Löwenthal* / *Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 371 – 407.

12 A. a. O., S. 11 f.

den zweiten Band eine große Souveränität in der Darstellung der programmatisch-politischen Diskussionen und Ereignisketten aus, die vor allem in der Verbindung von fachhistorischer Qualifikation und unmittelbaren politischen Einblicksmöglichkeiten begründet ist. Die auf gedruckten Quellen und der wichtigsten Sekundärliteratur basierende Studie von Georg Fülberth und Jürgen Harrer über die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933 ist wohl der beachtenswerteste Beitrag, den die marxistische Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik bisher zur Erforschung und Interpretation dieser Periode der Arbeiterbewegungsgeschichte geleistet hat. Er verdient Anerkennung und Bewunderung vor allem auch deshalb, weil der in Angriff genommene Zeitraum im einzelnen durchaus ungleichgewichtig erforscht ist. Während für die Jahre 1890–1914 und für die Weltkriegszeit auf zahlreiche Untersuchungen zurückgegriffen werden kann, steht die wissenschaftliche Aufarbeitung der Gesamtgeschichte der Weimarer Sozialdemokratie, trotz einiger guter Ansätze und einer Reihe gründlicher Spezialstudien, eigentlich immer noch bevor¹³. Die Darstellung von Fülberth/Harrer, der die Verknüpfung des parteipolitischen Prozesses mit den wirtschaftlich-gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungstrends fast durchweg überzeugend gelungen ist, bietet besonders unter zwei Aspekten Anregungen und Richtpunkte, die sich die künftige Forschung zunutze machen, die sie zumindest – auf konkrete historische Situationen und Probleme bezogen – diskutieren sollte: 1. hinsichtlich der richtungspolitischen Differenzierung; 2. hinsichtlich der Einschätzung von Position und Funktion der SPD im Weimarer System. Im ersten Fall ist die Auffächerung des sozialdemokratischen Reformismus in eine sozialliberal-integrative und in eine reformsozialistische Komponente von Belang. Nach Fülberth/Harrer bildet für den sozialliberal-integrativen Reformismus »die ungehinderte systemimmanente Rentabilität der kapitalistischen Wirtschaft zugleich eine Voraussetzung für eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch Reformen am kapitalistischen System, welche das Privateigentum an den Produktionsmitteln aber nicht grundsätzlich in Frage stellen, erreicht werden soll. Möglichst effektive Ausgestaltung des Kapitalismus ist also zugleich eine Voraussetzung für die Interessensicherung der abhängig Arbeitenden; die Interessen der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft [. . .] lassen sich unter dem Oberbegriff des ›Gemeinwohls‹ zusammenfassen: Dieses könne allerdings nur gewahrt werden, wenn (in der Terminologie des integrationistischen Reformismus:) einerseits ›Auswüchse‹ der kapitalistischen Wirtschaftsweise beschnitten, andererseits ›unangemessene‹ Arbeiterforderungen zurückgedrängt werden«¹⁴. Demgegenüber betrachte die reformsozialistische Richtung »Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Von der integrationistischen Politik unterscheidet sie sich in der entgegengesetzten subjektiven Aufgabenstellung, die das Arsenal der Mittel zur Umwälzung und Machtbehauptung allerdings bewußt begrenzt, sich gewöhnlich auf das politische Instrumentarium des bürgerlichen Staates beschränkt und im Ziel-Mittel-Konflikt zugunsten des parlamentarischen Verfahrens [. . .] entscheidet. Sie setzt also eine Traditionslinie fort, die bis auf die Distanzierung Kautskys von der russischen Revolution zurückverfolgt werden kann. Im Unterschied zum Integrationismus hält diese Richtung des Reformismus grundsätzlich am Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und – teilweise – auch an der Terminologie der Marxschen Kapitalismuskritik und am Klassenkampfpostulat fest. Als reformistisch definiert sie sich einmal durch ihre Bestimmung der anzuwendenden Mittel

13 Vgl. den Überblick bei Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914 – 1945. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung, 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 30 ff.

14 Fülberth/Harrer, S. 9 f.

der Gesellschaftsveränderung, zum anderen durch ein Sozialismusbild, das sich durch die negative Einschätzung der führenden Rolle der Kommunisten, der Notwendigkeit der Unterdrückung antisozialistischer Strömungen und der Verbindlichkeit des zentralen Plans von der Praxis leninistischer Parteien distanziert«¹⁵. Natürlich wird auch dieses Strukturierungsmodell nur mit all jenen Vorbehalten angewendet werden können, die überhaupt für die Zugrundelegung von Modellen in der geschichtswissenschaftlichen Arbeit gelten. In der historischen Wirklichkeit bzw. in den historischen Handlungsgruppen dominieren erfahrungsgemäß Übergänge und sich überlappende Schattierungen. Immerhin aber bieten die Definitionen von Fülberth/Harrer differenzierungsmäßige Anhaltspunkte, die man aufnehmen kann, ohne sich den politischen Urteilen der Autoren anschließen zu müssen.

Die Bedeutung des Abschnittes, in dem Fülberth/Harrer die allgemeine Problematik sozialdemokratischer Reformpolitik im kapitalistischen System von Weimar behandeln¹⁶, liegt weniger in den aufgestellten Thesen und Behauptungen als vielmehr in der Kritik, die gegenüber vorherrschenden Deutungen etwa der Theorie-Praxis-Spannung, der Koalitions politik und der Anpassung an bürgerliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse geäußert wird. Gegen die bislang in den Vordergrund gerückten sozialpsychologischen und organisationssoziologischen Erklärungsmodelle werden bedenkenswerte Argumente vorgebracht. Mit Recht weisen die Autoren z. B. darauf hin, daß die Entwicklung der offiziellen Parteideologie insgesamt »durch das Bemühen der Annäherung an die Praxis der Koalitions politik gekennzeichnet« sei¹⁷ und daß die »Verfolgung integrationistischer Ziele mit nicht-integrationistischen Mitteln [. . .] in der Tat ein Widerspruch gewesen« wäre¹⁸. Andererseits bleiben die Annahme einer »auf Dauer« in das Weimarer System »nichtintegrierbaren Arbeiterklasse« und die Vermutung eines relativ entwickelten (sozialistischen) Bewußtseins bei den sozialdemokratisch orientierten Industriearbeitern¹⁹ spekulativ. Die Informationen über Inhalt und Entwicklung des sozialen und politischen Bewußtseins »unten«, an der Mitglieder- und Wählerbasis der Weimarer SPD, sind derzeit noch spärlich. Es ist eine ebenso dringende wie schwierige Aufgabe, dieses Bewußtsein zu erforschen und mit Selbstverständnis und praktischem Verhalten der politischen Führungsgruppen zu vergleichen.

Gegenüber der umsichtigen Konzeption und Argumentation der Arbeit von Fülberth/Harrer über die SPD 1890–1933 fällt das von sechs Autoren gezeichnete Wagnis einer Gesamtdarstellung der *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975* ab. Über weite Strecken des Buches hat man den Eindruck, daß weniger eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und Analyse als die Präsentation von Ergebnissen der DDR-Historiographie angestrebt wird. Mit ermüdender Regelmäßigkeit werden strategische Steckenpferde wie beispielsweise außerparlamentarische Aktionen²⁰, was immer das sein mag, und die Aktions einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten rekapituliert. Die quantitativen Proportionen sind merkwürdig: Nur knapp 40 von insgesamt ca. 420 Seiten stehen für die Darstellung der Entwicklung von der Gründungsphase bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zur Verfügung, während die Jahre nach 1945 mehr als 180 Seiten in Anspruch nehmen. Bedenkt man, wie intensiv bisher in West und Ost die Zeit des Kaiserreiches in politik-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht erforscht wurde, ist es unverständlich, warum ausgerechnet Fülberths Überblicke über diese Periode so grob und unergiebig geraten sind. Das Buch, das eine Gesamtgeschichte der SPD zu bieten vorgibt und sich tatsächlich

15 *Ebda.*, S. 14 f.

16 *Ebda.*, S. 136 – 150.

17 *Ebda.*, S. 140.

18 *Ebda.*, S. 141.

19 *Ebda.*, S. 140.

20 Zu diesem Mythos vgl. auch: Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, *passim*.

in erster Linie auf eine Rechtfertigung der KPD-Politik konzentriert, erreicht seinen apologetischen Gipfel in Gerhard Stubys Kapiteln über die Sozialdemokratie von 1945 bis 1959, in denen keine Agitations- und Propagandaformel der SED-Führung und der ihr folgenden Geschichtsschreibung ausgelassen ist. Den Tenor Stubys mag folgendes Zitat im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 charakterisieren: »Bestimmte Kreise des Monopolkapitals in den westlichen Ländern, die aus der Verkennung der realen Kräfteverhältnisse an einer Entspannung nicht interessiert waren, unternahmen Anstrengungen, diesen Entwicklungsprozeß zu stoppen. Ihr Augenmerk richtete sich besonders auf die DDR als vorgeschobener Posten des Sozialismus in Europa. Unter Ausnützung der zu dieser Zeit komplizierten Lage in der DDR, die zum Aufbau des Sozialismus übergegangen war, und bestimmter Auswirkungen der abenteuerlichen Politik der Gruppe I. J. Berija innerhalb der KPdSU auf die innere Entwicklung in einigen Volksdemokratien wurde die Subversionstätigkeit der westlichen Geheimdienste und der Ostbüros der westdeutschen Parteien erhöht. Sie konnte an einigen Mängeln in der Parteiführung der SED anknüpfen, die es nicht verstand, rechtzeitig die Anfälligkeit auch von Teilen der Arbeiterschaft in der DDR für die Parolen des Klassegegners einzuschätzen. Auftretende Schwierigkeiten wurden zum Teil mit administrativen Mitteln gelöst. In dieser gespannten Lage kam es zum 17. Juni 1953, bei dem es sich aber nicht, wie es in der westlichen Propaganda heißt, um einen Volksaufstand handelte, sondern um den Versuch eines konterrevolutionären Putsches, der zeitweise höchstens eine teils vorhandene, teils von den Kräften des Putsches selbst geschürte Unruhe in der Bevölkerung ausnutzen konnte«²¹.

21 Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1975, S. 336.